Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 21. April bis 10. Juni 2020[35]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
5. Juni 2020	EZB Rat	Repo Abkommen der EZB mit der rumänischen Notenbank Die EZB und die rumänische Notenbank schlossen ein Repo-Abkommen, wonach im Bedarfsfall, infolge der Covid-19-Krise, von der EZB Euroliquidität an die rumänische Notenbank zur Verfügung gestellt wird, im Gegenzug für Euro-denominierte Deckungswerte. Das Abkommen wird bis Ende 2020 laufen und beträgt maximal 4,5 Mrd EUR.
27. Mai 2020	EK	EK Vorschlag zum Wiederaufbau der EU: „Next Generation EU“ Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat einen Vorschlag für ein neues Instrument „Next Generation EU“ zum sozioökonomischen Wiederaufbau der EU nach der Krise vorgelegt, das in den mehrjährigen EU-Haushalt eingebettet werden soll. Das neue Instrument soll in Summe 750 Mrd EUR umfassen. Davon sollen 500 Mrd EUR in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen und 250 Mrd EUR als Kredite an die Mitgliedsländer fließen. Gezielte Aufstockungen sollen den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für 2021-2027 auf insgesamt 1,1 Billionen Euro erhöhen. Eine politische Einigung über das neue Instrument soll beim nächsten ER am 19. Juni erzielt werden.
20. Mai 2020	EK	Europäisches Semester 2020 - Länderspezifische Empfehlungen Der ECOFIN-Rat einigte sich auf Ratsschlussfolgerungen zum Europäischen Semester (Länderberichte) 2020 sowie zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen (LSE) 2019. Der Bericht ist vor der COVID-19-Krise entstanden, zeigt aber deutlich die strukturellen Schwächen, die im Wiederaufbau überwunden werden müssen. Die LSE der EK sind auf zwei Ziele ausgerichtet: Die Bewältigung der dringendsten sozioökonomischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie sowie die rasche Wiederankurbelung des Wachstums. Die österreichische Regierung habe laut EK beispiellose Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung von COVID-19 einzudämmen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die EK, dass Österreich 2020 und 2021: • im Einklang mit der allgemeinen Ausweichklausel alle

[35] Autoren: Sylvia Gloggnitzer, Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die Pandemie wirksam zu bekämpfen, um die Wirtschaft zu stützen und ihre anschließende Erholung zu fördern. Gleichzeitig sollten Investitionen erhöht, die Resilienz des Gesundheitssystems verbessert, sowie die öffentliche Gesundheit und die Grundversorgung gestärkt werden; • gleichberechtigten Zugang zu Bildung und vermehrtem digitalen Lernen sicherstellt; • eine wirksame Umsetzung von Liquiditäts- und Unterstützungsmaßnahmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sicherstellt und die Belastung für Bürokratie und Regulierung reduziert; • den Steuermix effizienter und einem inklusiven und nachhaltigen Wachstum zuträglicher gestaltet.
8. Mai 2020	Eurogruppe	COVID- Pandemie-Krisenunterstützungsinstruments (ESM): Eurogruppe einigte sich auf die Merkmale des Pandemie-Krisenunterstützungsinstruments des ESM. Das Instrument soll allen Mitgliedstaaten des Euroraums für Beträge in Höhe von 2 Prozent ihres BIPs zur Verfügung stehen, um die inländische Finanzierung der direkten und indirekten Kosten für Gesundheitsversorgung, Heilung und Prävention aufgrund der Coronavirus-Krise zu unterstützen. Anträge auf Unterstützung im Pandemiefall sollen bis 31. Dezember 2022 gestellt werden können. Ziel ist, dass das Instrument bis 1. Juni einsatzbereit ist.
6. Mai 2020	EU	Schwerpunkte des EU-Westbalkan Gipfel Bei dem EU-Westbalkan Gipfel stand nicht wie geplant die Erweiterung der EU im Zentrum, sondern die Solidarität der EU mit den Partnern des Westbalkans bei der Bewältigung der COVID-19-Krise. Die europäische Perspektive des Westbalkans wird seitens der EU uneingeschränkt unterstützt. In einer „Erklärung von Zagreb“ wurden die gemeinsamen Anstrengungen im Zuge der Eindämmung der Corona Pandemie betont. Das von der EK am 22. April vorgelegte 3,3 Mrd EUR-Hilfspaket für Nachbarstaaten, das sowohl im Gesundheitsbereich als auch zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung wirken soll, wurde durch die Staats- und Regierungschefs angenommen. Es umfasst eine Soforthilfe für den Gesundheitssektor, sowie ein Makrofinanzhilfepaket von 750 Mio EUR für Partner des Westbalkans (Albanien 180 Mio, Bosnien Herzegowina 250 Mio, Kosovo 100 Mio, Nord Mazedonien 160 Mio und Montenegro 60 Mio) und ein Hilfspaket der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 1,7 Mrd EUR.
23. April 2020	ER	„Corona-Hilfspaket“: Die EU-Staats- und Regierungschefs verabschiedeten ein „Corona-Hilfspaket“ für Arbeitnehmer, Unternehmen und Staaten von 540 Mrd EUR. Das Corona-Hilfspaket enthält eine vorsorgliche Kreditlinie des ESM für besonders betroffene Mitgliedstaaten (bis zu 240 Mrd EUR), einen Garantiefonds für Unternehmenskredite der EIB (von 200 Mrd EUR) und das

		Kurzarbeitsprogramm "SURE" (von 100 Mrd EUR). Dieses Hilfspaket soll mit 1. Juni 2020 zum Einsatz kommen.
22. April 2020	EZB-Rat	EZB und Bulgarische Nationalbank schließen Swap-Vereinbarung zur Bereitstellung von Euro-Liquidität Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bulgarische Nationalbank sind übereingekommen, ein vorsorgliches Währungsabkommen (Swap-Vereinbarung) abzuschließen, um Liquidität in Euro bereitzustellen. Mit der neuen Swap-Vereinbarung kann die Bulgarische Nationalbank bis zu 2 Mrd EUR gegen bulgarische Lewa bei der EZB aufnehmen. Die Laufzeit bei einer Inanspruchnahme der Vereinbarung beträgt jeweils höchstens drei Monate. Die Swap-Vereinbarung bleibt – sofern sie nicht verlängert wird – bis zum 31. Dezember 2020 in Kraft. Bulgarien bereitet sich auf die Teilnahme am Wechselkursmechanismus (WKM II) vor, eine der Voraussetzungen dafür, dass ein Mitgliedstaat dem Euro-Währungsgebiet beitreten darf.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

29. Mai 2020	IWF	Das IWF Exekutivdirektorium beschloss die Gewährung einer flexiblen Kreditlinie an Chile von rd. 17,5 Mrd SZR (rd. 23,9 Mrd USD bzw. 1.000 Prozent der Quote) mit zweijähriger Laufzeit. Die Krediteinräumung soll der Stärkung des Marktvertrauens bzw. der Erhöhung der Devisenreserven und als Rückversicherung gegen makroökonomische Abwärtsrisken dienen. Die Krediteinräumung soll primär Vorsichtscharakter haben, eine Inanspruchnahme ist derzeit nicht geplant.
28. Mai 2020	IWF	Das IWF Exekutivdirektorium beschloss die Gewährung einer flexiblen Kreditlinie an Peru von rd. 8,0 Mrd SZR (rd. 11,0 Mrd USD bzw. 600 Prozent der Quote) mit zweijähriger Laufzeit. Die Krediteinräumung soll der Stärkung des Marktvertrauens bzw. der Erhöhung der Devisenreserven und als Rückversicherung gegen makroökonomische Abwärtsrisken dienen. Die Krediteinräumung soll primär Vorsichtscharakter haben, eine Inanspruchnahme ist derzeit nicht geplant.
01. Mai 2020	IWF	Das IWF Exekutivdirektorium beschloss die Gewährung einer flexiblen Kreditlinie – als Nachfolgeinstrument - an Kolumbien von rd. 7,8 Mrd SZR (rd. 10,8 Mrd USD bzw. rd. 385 Prozent der Quote) mit zweijähriger Laufzeit. Die Krediteinräumung soll der Stärkung des Marktvertrauens bzw. der Erhöhung der Devisenreserven und als Rückversicherung gegen makroökonomische Abwärtsrisken dienen. Die gegenständliche flexible Kreditlinie wurde seit Juni 2016 nunmehr zum vierten Mal verlängert.
30. April 2020	IWF	Japan gab bekannt, seinen Beitrag zum Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) des IWF von gegenwärtig 3,6 Mrd SZR auf 7,2 Mrd SZR zu verdoppeln. Ein Teilbetrag in Höhe von 1,8 Mrd SZR wurde dem IWF

		sofort zur Verfügung gestellt, die Bereitstellung des Restbetrages wurde von den (allfälligen künftigen) Beitragsleistungen anderer Mitgliedstaaten abhängig gemacht.